



### Ehrendes Andenken

Oswald Kranz, Ehrenpräsident der Vaterländischen Union, hielt eine denkwürdige Festrede anlässlich der Einweihung des Wilhelm Beck Hauses.

Seite 4

# Wenn ja, dann bitte ordentlich

**Ob Radio, Gesundheitswesen, Verkehr: Derzeit sind viele offene Probleme direkt der staatlichen Investitionspolitik zuzuschreiben. Wenn man sich etwas leistet, muss man es auch gut finanzieren.**



Michael Winkler  
Parteisekretär

Bei Radio L ist Feuer unter dem Dach. Zwei Spitäler ringen um ihre Existenz und befinden sich in einer Agonie der gegenseitigen Auslöschung. Und im Verkehr wird seit Jahrzehnten Pflasterlipolitik betrieben. Mitschuld an diesen Problemen ist eine inkonsequente Strategie, die nicht zuletzt angesichts der Staatshaushalts-Sanierung katalysiert wurde.

### Ein Führungsproblem

Corporate Governance hiess das imposante Schlagwort, unter dem der Rahmen für die Regierung und den Landtag zur Leitung und Führung staatsnaher Betriebe massiv verengt wurde. Der Spruch «Wenn der Vorstand gut ist, ist der Aufsichtsrat machtlos, ist der Vorstand schlecht, ist der Aufsichtsrat ratlos» ist seither das Motto. Die Politik hat nur noch grundlegende Einflüsse – leichte Korrekturen können von ihr nicht mehr vorgenommen werden. Und dennoch: Es reicht, damit die Bürger über sie schimpfen können. Denn aktuell ist ohnehin fast jeder ein Radioexperte, wenn man die sozialen Medien und Leserbriefspalten studiert.

### Geldmangel = Qualitätsproblem

Auch, wenn es um die Gesundheitspolitik geht, sind die Argumente zahlreich. Und wenn die Geburtenabteilung im Land angesprochen ist, hat jeder seine Meinung. Hier ist jeder Experte, der einmal geboren wurde. Hier spielen dann Qualitäts- und Finanzierungsfragen eine untergeordnete Rolle. Ganz zu schweigen vom Verkehr: Auch hier ist jeder Betroffene gleich einer, der die Lösung präsentieren kann. Ob die ganzen Lösungsvorschläge praktikabel sind, ist sekundär – solange man nicht mehr als fünf Minuten im Stau steht, scheint jedes Mittel recht.

Die Faust im Sack des Bürgers ist das eine. Ob er sich fragt, ob er nicht die Quadratur des Kreises verlangt, das andere. Denn nach wie vor scheinen gewisse Voraussetzungen noch nicht geklärt. Gerade beim Thema Radio wird es offensichtlich: Ein Radio-L-Mitarbeiter wandte sich an die Landtagsabgeordneten mit einem Hilfeschrei: Er sorgt sich um die Finanzen. Der VU-Abgeordnete Rainer Beck prophezeigte bereits, dass diese Diskussionen ausbrechen werden. Er sollte – recht überraschend – recht behalten. Und hier findet man den springen-



Rainer Beck, stellvertretender Abgeordneter der VU, behielt Recht: Radio L beschäftigt den Landtag schon seit längerem und wird ihn wohl auch weiter beschäftigen, solange er finanzielle Probleme hat.

Foto: Daniel Schwendener

den Punkt: Beim Radio verhält es sich wie im Gesundheitswesen oder in der Verkehrspolitik. Das Motto muss lauten: «Entweder wir machen es richtig oder wir lassen es sein.» Ausgerufene Sparkurse und an der kurzen Leine halten sind auch nicht mehr als ein Tod auf Raten. Stimmen die Finanzen nicht, stimmt auch die Qualität nicht. Ist man nicht bereit zu investieren, bleibt man stehen. Und Stillstand ist bekanntlich mit Rückschritt gleichzusetzen. Darum bräuchte das Land wichtige Grundsatzentscheidungen. «Wenn wir es machen, dann bitte ordentlich. Und sonst lassen wir es gleich bleiben.» So oder so ähnlich hört man es bei Unternehmen, Vereinen oder auch im Privaten. Und dieser Grundsatz sollte auch für den Staat gelten. Aktuell hat man Gesetze, die es einzuhalten gilt. Will man etwas ändern, muss der Landtag eben die Gesetze ändern bzw. beseitigen. Untätiges Zuschauen ist aber keine Option.

### Was macht Souveränität aus?

Gerade in der Spitalpolitik, aber auch bei der Radio-Diskussion hat man des Öfteren gehört, dass diese Institutionen ein Merkmal der Souveränität seien. Liechtenstein hat bis 1995 gut ohne Radio gelebt. Dieses Kriterium fällt also weg. Auch der Erbprinz bezweifelt, dass ein eigenes Landesspital ein Zeichen der Souveränität ist.

Man befindet sich hier also in Grundsatzdiskussionen – sie sind

wichtig und sollen endlich ein für allemal klären, wo man hin will. Wenn Liechtenstein kein Spital braucht: Kann man dann auch die Schulen ins Ausland verfrachten? Was braucht das Land dann überhaupt noch? Und in der Verkehrsplanung hat man offensichtlich auch bereits das meiste nach Bern ausgelagert. Es entscheidet mittlerweile – so hört man – die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu), wo bei uns im Land ein Zebrastrifen gelegt wird und wo nicht. Brauchen wir überhaupt noch ein Amt in Liechtenstein?

### Was macht Souveränität aus?

Zugegeben: Die obigen Fragen scheinen teilweise ketzerisch. Am Kern ändern sie allerdings wenig. Es ist dringend an der Zeit, dass Liechtenstein seine Leitplanken wieder einmal neu und nachhaltig definiert. Nach dem Sparen auf Kosten der Bürger ist nun Konsolidieren angesagt. Der Bürger will wissen, wofür seine Franken ausgegeben werden. Und der Staat muss sich dafür rechtfertigen. Das ist nichts Gutes oder Böses, sondern eine schlichte Notwendigkeit.

Und in diesem Punkt kann es nicht angehen, dass man auf hohem Niveau Staat spielt und sich ein Radio, ein Spital und viele weitere Institutionen leistet, diese aber in ein so enges Korsett zwingt, dass sie keine Bewegungsfreiheiten mehr haben. Liechtensteins politische Institutionen müssen sich entscheiden, was man

sich noch leisten will und was nicht. Die Halbherzigkeit des letzten Jahrzehnts bringt nur Verunsicherung. Die Angestellten beim Radio, die Spitalmitarbeiter und alle, die von solchen Diskussionen betroffen sind, wünschen sich vor allem Klarheit.

### In Generationen denken

Sind diese wichtigen Grundsatzentscheidungen gefallen, heisst es dann aber auch, die Konsequenzen zu tragen. Man kann schon sagen: «Übers Spital, aber so ned.» Das kann man immer. Das ist auch immer besonders einfach – vor allem, wenn man nicht in der Verantwortung ist.

Wenn man sich für etwas entscheidet, muss man das Ganze auch tragen – und auf eine finanzielle, personelle und materielle Grundlage stellen, die den Erfordernissen standhält. Ansonsten dreht man sich ständig im selben Kreis, wie es aktuell der Fall ist. Genau gleich verhält sich das übrigens auch in der Verkehrspolitik: Da kann man noch lange Rappen spalten. Am Ende ist es aber klar, dass gute und langfristige Lösungen Geld kosten. Und dieses Geld muss dann auch bereitgestellt werden. Ansonsten werden sämtliche Projekte am ausgestreckten Arm verhungern. Auch wenn man dafür weniger Geld ausgibt, wird es auf die Dauer dann trotzdem teurer. Umso wichtiger ist es, nicht in Legislaturen, sondern in Generationen zu denken. ■



Günther Fritz  
Parteipräsident

### Editorial

## Landesspital vor existenzieller Weichenstellung

In den kommenden Wochen wird sich herausstellen, ob ein Zusammengehen des Landesspitals mit der Privatklinik Medicnova am Standort Bendorf eine Option ist, über die der Landtag und schliesslich das Volk abstimmen können. Im Moment wird auch darüber spekuliert, was passieren würde, wenn die Medicnova-Immobilie an eine ausländische Privatklinik-Gruppe oder an ausländische Investoren zur Umnutzung des Gebäudes verkauft würde. Höchstwahrscheinlich würde sich dann die Konstellation ergeben, dass die Medicnova-Ärzte, die bis Ende 2016 im Landesspital noch für ausreichenden Umsatz gesorgt haben, ihre 1000 stationären Fälle von Zusatzversicherten Patienten mit nach Grabs nehmen würden, wo sie heute schon ihre OKP-Patienten operieren. Dann könnte das Landesspital nicht mit den 2600 Fällen für ein vernünftiges Wirtschaften rechnen.

Wie die Juni-Debatte im Landtag ergeben hat, kann das Landesspital auf das klare Bekenntnis der Koalitionspartner VU und FBP zum Grundversorgungsauftrag im Spitalbereich mit einem 24/7-Notfalldienst zählen. Davon ausgehend resultieren bei einem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Landesspital und der Medicnova nur noch die beiden Optionen Um- bzw. Erweiterungsbau am bestehenden Standort oder Neubau auf grüner Wiese in Vaduz.

Die Sicherstellung der Spitalgrundversorgung im eigenen Land wird den Steuerzahler immer etwas kosten. Letztlich wird das Landesspital jedoch umso weniger kosten, je mehr Fälle und je mehr Zusatzversicherte es durch überzeugende medizinische Qualität in der Grundversorgung gewinnen kann. Den Leistungsauftrag auf die höchst defizitäre Nische Geriatrie zu reduzieren, wie dies in den Köpfen der Oppositionsparteien DU und FL herumgeistert, würde die Staatskasse jedenfalls noch viel mehr belasten.

### Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union  
Redaktion: Michael Winkler, Günther Fritz  
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag  
Adresse: Vaterländische Union, Parteisekretariat, Wilhelm Beck Haus, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz  
Redaktion: Tel. +423 239 82 82, E-Mail: michael.winkler@vu-online.li, guenther.fritz@vu-online.li  
Internet: www.vu-online.li



5. Juli 2018

# Profilschärfung im Sinne der Tradition

**Am 21. Juni fand im Kleinen Saal des Balzner Gemeindesaals der Parteitag 2018 statt. Neben den statutarischen Geschäften stand er im Zeichen des Aufbruchs. Die Reden zeigten vor allem eines: Die VU belebt ihre sozialen und liberalen Wurzeln neu.**



**Michael Winkler**  
ParteiSekretär

Die VU hat sich zum Ziel gesetzt, ihr Profil zu schärfen. Und das gelingt ihr gut. So lautet das Resümee des Parteitags in Balzers. Obwohl keine Nominationen oder Wahlen anstanden, herrschte eine Art Aufbruchstimmung. Nachdem die Staatskasse – unter der Initiative der VU – saniert wurde, sind die Bürger wieder an der Reihe. Zumindest wenn es nach der Vaterländischen Union geht.

Denn der Weg zur betrieblich ausgeglichenen Rechnung war für die Menschen mit zahlreichen Entbehrungen verbunden. Damit soll jetzt Schluss sein, ohne den Blick auf eine intakte Staatskasse zu vergessen. So nannte Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch diese Politik «eine bürgerfremde Politik», die in den letzten Jahren viel von Eigenverantwortung und Selbstbehalt geredet habe. Männer und Frauen seien als Kostenfaktoren betitelt worden und dabei sei vergessen worden, wer das Liechtenstein der vergangenen Jahrzehnte so erfolgreich gemacht hat: seine Menschen.

## VU-Werte sind Erfolgsgaranten

Das starke Liechtenstein habe immer auf drei Eckpfeiler basiert: Solidarität, soziales Bewusstsein und liberales Denken. «Diese liechtensteinischen Erfolgsfaktoren sind nicht zufällig auch die Werte der VU. Sie sind die Garantien für den Erfolg unseres Landes und seinen Menschen», brachte es Risch auf den Punkt. Mit dem Bürgerpaket habe die VU als erste Partei eine Antwort darauf gefunden, wie man mehr für die Men-



Im Zeichen der Geschlossenheit: Der VU-Parteitag in Balzers war stimmungsvoll und eindrücklich. **Foto: Daniel Schwendener**

ren sind nicht zufällig auch die Werte der VU. Sie sind die Garantien für den Erfolg unseres Landes und seinen Menschen», brachte es Risch auf den Punkt. Mit dem Bürgerpaket habe die VU als erste Partei eine Antwort darauf gefunden, wie man mehr für die Men-

schen möglich machen kann. «In einem Punkt sind sich alle einig: Es muss wieder etwas vorwärtsgehen und der Bürger darf dabei nicht schon wieder vergessen werden.»

In dieselbe Richtung ging das Votum von Landtagsvizepräsidentin

Gunilla Marxer-Kranz. Sie kreierte auch dem Landtag an, dass er sich zu viel mit sich selbst beschäftigt habe, nun aber wieder mehr für die Bevölkerung tun müsse. Ansonsten würden das die Bürger nicht verstehen. «Um das Optimum für die Menschen he-

rauszuholen, sollten wir alle zusammenspannen, um zu den besten Lösungen zu kommen», appellierte sie auch an andere Fraktionen. «Das Gemeinwohl muss in dieser Hinsicht vor dem Parteiwohl stehen. Jede wirklich gute Idee gilt es zu unterstützen. Diese Philosophie im Dienste aller vertritt die VU aktuell definitiv viel besser als jede andere von unseren Parteien», so Marxer-Kranz, die in einer emotionalen Rede auch auf ihr erstes Jahr im Landtag Rückschau hielt.

## Vertrauen bei der VU richtig

Die letzte Ansprache hatte Lokalmatador Günter Vogt. Er sagte den Anwesenden auf gut Balznerisch, was er von der aktuellen Politik hält und wie man nun ansetzen könnte, um zu gestalten, statt nur zu verwalten. Die VU werde auch mit dem Bürgerpaket die Stabilität der grossen Koalition sichern und sich als verlässlicher Partner an den Koalitionsvertrag halten. «Wir sind die einzige einigende Kraft in diesem Land, die sich für den Ausgleich der Interessen von Staat, Wirtschaft und Bürger gleichermaßen einsetzt», erklärte Vogt. Dabei setze man «ruhig, entschlossen und besonnen» die Betonung auf das Machen. «Die Arbeit ist uns wichtiger, als lange Reden zu schwingen. Wir möchten, gemeinsam mit euch allen, gestalten statt verwalten. Sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene. Bei der VU ist euer Vertrauen am richtigen Ort.» ■

## Stimmen vom Parteitag

**Gute Stimmung trotz Verbandsmusikfest und Fussball-Weltmeisterschaft. Das ist das Resümee des VU-Parteitags in Balzers. Bei den Teilnehmern herrscht Aufbruchstimmung und das Bürgerpaket und dessen Ausrichtung kommt gut an.**



**Rebecca Sele**  
Triesenberg

«Menschen für Politik begeistern»

Die VU ist mit dem Bürgerpaket auf dem richtigen Weg. Es ist Zeit, dass wieder etwas zugunsten der Bürger unternommen wird. Die Veranstaltung war stark und man hat gesehen, wie motiviert die VU ist. Ein Anliegen ist es für mich, dass wieder mehr Junge angesprochen werden. Das kann zum einen mit Inhalten, aber auch mit Veranstaltungen mit konkreter Zielgruppe passieren. In meinem Alter interessieren sich viele nicht für Politik. Mit den richtigen Massnahmen könnte man sicher junge Menschen für Politik begeistern.



**Horst Lorenz**  
Gamprin

«Konsequente Sachpolitik für den Bürger»

Das Bürgerpaket zeigt für mich eine konsequente Sachpolitik für den Bürger. Da hat die VU sich überlegt, wie man den Menschen im Land das Leben vereinfachen kann. Die Ziele sind realistisch gesetzt und durchaus erreichbar. Es ist zu hoffen, dass die VU bei den anderen Parteien Mehrheiten findet. Für mich ist nur die VU auf dem richtigen Weg. Und das, weil sie nicht die Partei, sondern die Menschen im Land in den Mittelpunkt stellt. Das imponiert mir.



**Maximilian Meyer**  
Triesen

«Politische Beteiligung ist sehr wichtig»

Ich bin für den Jugendrat an diesem Parteitag. Es gefällt mir, wenn aktiv Politik gemacht wird und es wäre zu wünschen, dass sich noch mehr Menschen an der Politik beteiligen. Ich denke, das gelingt, wenn man die Themen so wählt, dass man die Betroffenen direkt anspricht. Der Parteitag hat mir sehr gefallen, weil er die Facetten des politischen Wirkens der Mandatäre sehr schön gezeigt hat.



**Andrea Raich-Marxer**  
Schaan

«VU auf dem richtigen Weg»

Ich bin nach einer längeren «Familienpause» wieder an politischen Veranstaltungen. Um etwas bewegen zu können, muss man sich beteiligen. Mir gefällt – sowohl in der Ortsgruppe als auch in der Landespartei – der Spirit, der herrscht. Man engagiert sich dafür, dass es den Menschen besser geht. Das ist für mich der Hauptfaktor, warum ich gerne bei der VU bin. Man ist auf dem richtigen Weg und ich bin wieder von der Politik gepackt worden.



**Karl Jehle**  
Schaan

«Wichtige Probleme anpacken»

Mit dem Bürgerpaket packt die VU nun wichtige Themen an, welche den Bürger unter den Fingernägeln brennen. Ein Beispiel sind die Krankenkassenprämien. Gerade auch für uns Senioren ist das ein grosser Posten unserer Fixkosten. Wenn es gelingt, diesen in Grenzen zu halten, ist uns, aber auch sonst allen Prämienzahlern geholfen. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier gute Fortschritte erzielen können.

# Für doppelte Staatsbürgerschaft

Wird die Einbürgerung als letzter Beleg für erfolgreiche Assimilation verstanden oder ist sie als Mittel zur noch besseren Integration zu begreifen? Der Landtag muss auf diese Frage eine Antwort finden.



Christine Schädler  
Präsidentin  
der Frauenunion

Wer in Liechtenstein eingebürgert wird, muss bisher auf die angestammte Staatsbürgerschaft verzichten – unabhängig von der Art der Einbürgerung. Es kann also vorkommen, dass eine Schweizerin oder ein Deutscher, die schon 30 Jahre in Liechtenstein wohnen und die sich in Liechtenstein einbürgern lassen, den Schweizer bzw. den deutschen Pass abgeben müssen.

## Wann ist Integration erfolgreich?

Gegner und Gegnerinnen der doppelten Staatsbürgerschaft argumentieren, dass der Verzicht auf die angestammte Staatsbürgerschaft belege, dass die Integration erfolgreich abgeschlossen sei und dass die eingebürgerten Personen damit ihre Identifikation mit dem Aufnahmeland zeigen. Ich bin der Meinung, dass sich eine erfolgreiche Integration nicht am Pass zeigt, sondern an der Bereitschaft, sich am Wohnort einzubringen, an der aktiven Vereinstätigkeit (Sport, Musik, Feuerwehr, Samariter, Narrenzunft, Pfadfinder, usw.), im sozialen Engagement oder an der Mitwirkung und Teilnahme bei Veranstaltungen und Festen.

Auch die Befürworterinnen und Befürworter der doppelten Staatsbürgerschaft argumentieren mit der Integration: Sie vertreten die Ansicht, dass sich die betroffenen Personen vermehrt mit dem Aufnahmeland identifizieren und dass die Integration besser gelingt, wenn die ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger politisch mitbestimmen, abstimmen und wählen können.

## Ambivalentes Verhältnis

Dass das Verhältnis zur doppelten Staatsbürgerschaft ambivalent ist, zeigt sich auch am Umstand,

– dass Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner die liechtensteinische Staatsbürgerschaft behalten



Nach Ansicht des Vorstands der Frauenunion zeigt sich eine erfolgreiche Integration nicht am Pass, sondern an der Bereitschaft, sich am Wohnort einzubringen, an der aktiven Vereinstätigkeit, im sozialen Engagement oder an der Mitwirkung und Teilnahme bei Veranstaltungen. Deshalb wird die doppelte Staatsbürgerschaft befürwortet.

Foto: Daniel Schwendener

dürfen, wenn sie sich in einem anderen Land einbürgern lassen – sofern dies der andere Staat erlaubt,

– dass bei Kindern aus liechtensteinisch-ausländischen Ehen die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt ist und

– dass frischgebackene Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nach der Einbürgerung und nachdem sie auf ihre angestammte Staatsbürgerschaft verzichtet haben, wieder Bürgerinnen/Bürger anderer Staaten und somit Doppelbürgerinnen/Doppelbürger werden können.

## Ungleich behandelt

Mir ist klar, dass sich jeder Staat für diejenige Einbürgerungspraxis entscheidet, die für ihn gesellschaftlich und politisch vertretbar ist. Die Grössenverträglichkeit ist dabei sicher ein wichtiges Argument. Dessen ungeachtet empfinde ich die gegenwärtige Situation als Ungleichbehandlung.

In der «Motion zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung» heisst es: «In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Verhältnis der Bürgerin-

nen und Bürger zu ihren (Heimat-)Staaten gewandelt. Die Menschen sind mobiler geworden, weniger in einem Territorialstaat verankert als früher – physisch, wirtschaftlich, kulturell, sozial und emotional. Diese Entwicklung wurde und wird durch die Politik gefördert, im Falle Liechtensteins insbesondere durch die Personenfreizügigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).»

## Knappheit der Ressourcen

Und im Bericht und Antrag Nr. 43/2018 steht: «Die grösste Herausforderung des Kleinstaates Liechtenstein ist bekanntlich die strukturelle Knappheit der Ressourcen, namentlich der personellen Ressourcen. Es ist vor diesem Hintergrund fragwürdig, die ohnehin schon knappe Ressource Mensch, die z. B. für die politische Arbeit wertvoll wäre, durch ein strenges Einbürgerungsrecht weiter zu limitieren.» Und weiter unten: «Restriktionen im Bürgerrecht können Ausdruck einer ängstlichen und latent ausländerfeindlich-repressiven Haltung sein. Sie können aber auch staatspolitisch und <moralisch> gerechtfertigt und damit legitim sein.»

Die Statistik zeigt einerseits, dass in der Vergangenheit vor allem alteingesessene Ausländerinnen und Ausländer die Einbürgerung beantragen und andererseits, dass sich Personen aus der Schweiz, aus Österreich und aus Deutschland am häufigsten einbürgern lassen. Gefolgt von ex-jugoslawischen Ländern, Italien, Portugal und der Türkei.

## Brücken bauen

Meine Vermutung ist, dass unter den Gegnerinnen und Gegnern der doppelten Staatsbürgerschaft viele sind, die eine «Überfremdung» insbesondere von Personen mit islamischem Hintergrund befürchten. Es gibt unterschiedliche Arten, mit diesen Ängsten und Befürchtungen umzugehen: Die einen bauen Mauern, die anderen Brücken. Ich gebe zu bedenken, dass die Radikalisierung durch den Ausschluss aus einer Gesellschaft und das Nicht-verstanden-Werden begünstigt wird. Teilhabe und Mitbestimmung führen zu einer Identifikation und zur Integration ins Wohnsitzland.

Der Vorstand der Frauenunion befürwortet die doppelte Staatsbürgerschaft.



Michael Winkler  
Parteisekretär

## Kolumne

### Finanzkompetenz: Investieren ohne Kostenfolge?

In einem Interview mit der «lie:zeit» malt der FDP-Präsident Thomas Banzer weiterhin schwarz und den Teufel an die Wand. Der Umverteilungskurs der letzten zehn Jahre wird wacker verteidigt. Bei Ausgaben befürchte man, dass wieder Sparmassnahmen nötig werden. Man sei aber offen «für sinnvolle Investitionen bzw. Einmalzahlungen, welche für die Bevölkerung nachhaltig eine Verbesserung bringen, ohne den Staatshaushalt jährlich zu belasten». Übersetzt heisst das so viel wie: «Leute, schaut selbst, wie ihr zurechtkommt! Wir investieren derweil in Beton!» Und das nach einer Phase, in der man «nachhaltig» den Bürgern systematisch zugunsten der Staatskasse das Geld aus der Tasche ziehen musste, nachdem unter FDP-Führung zwischen 2001 und 2009 die Staatsausgaben von 732 Millionen Franken über die 1-Milliarden-Grenze aufgeblasen wurden.

Allein in den letzten beiden Jahren hat das Land in den Erfolgsrechnungen um annähernd 300 Millionen Franken besser abgeschnitten als geplant. Trotzdem lehnten FDP und Unabhängige sogar den VU-Antrag ab, der die Menschen mit vier Millionen an die OKP minimal entlastet hätte. Mit diesem Gerede von der Nachhaltigkeit versucht die FDP offensichtlich nur, über die eigene Fantasiosigkeit hinwegzutäuschen. Vermutlich wartet die FDP wieder auf Ideen anderer politischer Kräfte, die sie sich dann auf die eigene Fahne schreiben kann. Anstatt sich zu fragen, was die Bürger für den Staat tun können, sollte sich die Bürgerpartei besser überlegen, was der Staat für die Bürger tun kann. Gemäss der Verfassung ist der Staat der Volkswohlfahrt verpflichtet – und nicht das Volk der Staatswohlfahrt. Aktuell wartet die VU auf Signale der Bürgerpartei, dass sie bereit ist, wieder in Menschen zu investieren.

## Kontaktangaben

Wer sich im Hinblick auf die Gemeindevahlen 2019 für eine Kandidatur interessiert oder sich in anderer Form in die Politik einbringen möchte, kann sich bei nachstehenden Personen melden. Sie geben gerne darüber Auskunft, welche Möglichkeiten es gibt, sich zu engagieren. Für Frauen gibt es speziell die Möglichkeit, sich an sogenannte «Gottas» zu wenden. Mit ihrer Hilfe können sich Interessierte noch besser vernetzen sowie von Wissen und Erfahrung profitieren.

### Balzers

Marco Büchel, Obmann  
Mail: marco.buechel@bbblech.li  
Tel. +41 79 832 06 53

Bettina Fuchs, Vorstand  
Mail: bettyfox@supra.li

### Triesen

Max Burgmeier, Obmann  
Mail: madmax@li-life.li  
Tel. +41 79 697 44 47

### Triesenberg

Erich Sprenger, Obmann  
Mail: e.sprenger@mareco.li

Hubert Sele, Vorstand  
Mail: hubert.sele@adon.li

### Vaduz

Johann Ott, Vorstand  
Mail: j.ott@supra.net  
Tel. +423 232 51 64

### Schaan

Josef Hermann, Obmann  
Mail: josef@hermann.li  
Tel. +423 233 46 00

### Planken

Markus Kolzoff, Obmann  
Mail: markus.kolzoff@adon.li  
Tel. +423 373 40 55

### Eschen-Nendeln

John Zimmermann, Obmann  
Mail: jzimmermann37@gmail.com  
Tel. +423 794 32 20

### Mauren-Schaanwald

Christoph Gassner, Obmann  
Mail: christoph.gassner@look4.li

### Gamprin-Bendern

Dietmar Hasler, Obmann  
Mail: fehragass30@gmail.com  
Tel. +423 787 15 15

### Ruggell

Jakob Büchel, Obmann

Mail: jakob@powersurf.li  
Tel. +41 78 911 73 57

Orlando Wanner, stv. Obmann  
Mail: orlando.wanner@bluemail.ch  
Tel. +41 78 811 11 12

### Schellenberg

Dietmar Lampert, Obmann  
Mail: dietmar.lampert@powersurf.li  
Tel. +41 79 224 05 02

## Unsere Gottas

Dominique Gantenbein,  
Regierungsrätin  
Mail: dominique.gantenbein@regierung.li

Gunilla Marxer-Kranz  
Landtagsvizepräsidentin  
Mail: gunilla.marxer-kranz@landtag.li

Violanda Lanter-Koller  
Landtagsabgeordnete  
Mail: violanda.lanter-koller@landtag.li  
Tel. +423 373 68 02

Christine Schädler,  
Präsidentin Frauenunion  
Mail: frauenunion@vu-online.li  
Tel. +41 78 672 00 44

Daniela Wellenzohn-Erne  
VU-Vizepräsidentin Oberland  
Mail: gr.wellenzohn.daniela@triesen.li

Marion Gschwenter, Gemeinderätin  
Mail: info@naturheilpraktik.li  
Tel. +423 373 60 70

5. Juli 2018

# Ein Denkmal für bürgernahe Politik

Der VU-Sitz an der Fürst-Franz-Josef-Strasse in Vaduz heisst nun offiziell Wilhelm Beck-Haus. Diese Tatsache wurde am 27. Juni gefeiert. In seiner Festrede hob VU-Ehrenpräsident Oswald Kranz die grössten Errungenschaften Becks hervor.



Michael Winkler  
Parteisekretär

In Deutschland hat die CDU das Konrad-Adenauer-Haus und die SPD das Willy-Brandt-Haus. Beide Namen stehen für Persönlichkeiten der Geschichte, deren Werte es für die jeweilige Partei zu verfolgen gilt. Nun hat die VU ebenfalls einen Namen für ihr Haus. Wenig überraschend trägt es den Namen Wilhelm Beck, des Gründers der Volkspartei, der politischen Wegbereiterin unserer heutigen Vaterländischen Union.

In seiner Festrede ging VU-Ehrenpräsident Oswald Kranz auf die Errungenschaften des Gründervaters für die Partei und für das Land ein. «Für mich ist dadurch ein Wunsch – ja gar ein Traum in Erfüllung gegangen», erklärte Kranz, der bereits in seiner Präsidentschaft verschiedene Aktionen lancierte, um den Namen und die Taten Becks fest im Gewissen der Partei zu verankern. Unter der Führung von Oswald Kranz ist nicht zuletzt auch die Edition der «Schlossabmachungen» in den 90er-Jahren gelungen.

## Denkmal für bürgernahe Politik

Vor genau 100 Jahren wurde die Volkspartei gegründet. Dieses Jubiläum feiert die Vaterländische Union dieses Jahr. Mit der Benennung des Hauses wollte Parteipräsident Günther Fritz ein bewusstes Zeichen setzen: Genau so wie Dr.



Steht für vergangene, aktuelle und künftige VU-Politik: Das Wilhelm Beck Haus.

Fotos: Rudi Schachenhofer

Wilhelm Beck muss die Politik den Bürger ins Zentrum ihres Wirkens stellen. Keine andere politische Kraft machte das in den vergangenen hundert Jahren besser als die Volkspartei und die Vaterländische Union. Auf diese Wurzeln soll sich die Partei immer wieder besinnen. In seiner Festrede thematisierte

Ehrenpräsident Oswald Kranz das umfangreiche Schaffen und Wirken von Dr. Wilhelm Beck, seine überragenden Leistungen für Volk und Land, die eine beispiellose Nachwirkung für Liechtenstein erzielt hätten. «Mögen der politische Geist, die Ideen, die Ideale und die enorme Schaffenskraft von

Dr. Wilhelm Beck unsere Partei immer wieder beflügeln, sie erneuern und in ihrem Engagement für unser Land durchdringen», sagte der Ehrenpräsident abschliessend.

So soll der Name des Hauses auch immer wieder die Mandatäre und Vertreter der Partei an die

Taten von Dr. Wilhelm Beck und seinen Mitstreitern erinnern. Gerade in Zeiten, in welcher der VU wieder die Geringschätzung aus dem Lager der Bürgerpartei entgegen schlägt, während sie sich für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins einsetzt. ■



Das Wilhelm Beck Haus an der Fürst-Franz-Josef-Strasse in Vaduz.



Nach der Enthüllung des neuen Hausnamens wurde darauf angestossen.



Starke Festrede: Oswald Kranz



Sie sind heute gefordert, die Politik von Wilhelm Beck fortzusetzen: Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Gantenbein und Fraktionssprecher Günter Vogt (v. l.).



Als Ehrengast durfte die VU Trudi Beck, Tochter von Wilhelm Beck, herzlich willkommen heissen.